

(A) **Beginn: 10.05 Uhr**

**Präsident Ulrich Schmidt:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie alle herzlich willkommen zur 42. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode. Mein Gruß gilt insbesondere unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich 16 Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Ich möchte zur **Tagesordnung** berleiten:

## 1 Aktuelle Stunde

**Thema:** **Einwanderungsland Deutschland gestalten - Schub für Integrationsoffensive in NRW nutzen**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
gemäß § 99 Abs. 2  
der Geschäftsordnung

(B)

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat mit Schreiben vom 8. November 2001 zu dem genannten Thema eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort Frau Abgeordneter Düker für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

**Monika Düker (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! "Deutschland ist ein Einwanderungsland". Für das Aussprechen einer solch schlichten Tatsache sind wir Grünen von anderen politischen Parteien jahrelang verhöhnt und kritisiert worden. Gott sei Dank hat sich das Blatt in den letzten beiden Jahren grundlegend gewendet: Unternehmerverbände, Wirtschaftswissenschaftler und Gewerkschaften sind inzwischen der Meinung, dass Deutschland Einwanderung braucht.

Wir Grünen haben immer wieder deutlich gemacht, dass wir Einwanderung nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus demographischen Gründen brauchen. Integration muss gestärkt und

gefördert werden. Wir dürfen die Fehler der alten Gasterbeiterpolitik nicht wiederholen. (C)

Die Zuwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte, die wir brauchen, darf aus grüner Sicht nicht gegen den menschenrechtlich begründeten Flchtlingschutz ausgespielt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Jürgen Jentsch [SPD])

Meine Damen und Herren, diese Ansprüche, die wir immer wieder jahrelang formuliert haben, sind in dem Entwurf eines Gesetzes zur Zuwanderung in Deutschland umgesetzt worden. Nach der Verabschiedung eines wirklich zukunftsweisenden Integrationskonzeptes im Landtag NRW sind jetzt auch in Berlin Zeichen gesetzt worden. Noch in dieser Wahlperiode soll der Einstieg in eine moderne, zukunftsfähige und europataugliche Einwanderungspolitik möglich werden, die eben nicht mehr auf Abwehr setzt, die nicht mehr darauf setzt, Gasterbeiter ins Land zu holen, die man, wenn man sie nicht mehr braucht, möglichst schnell wieder los wird. Es geht vielmehr um Steuerung, es geht um Eingliederung, und es geht um die rechtliche Gleichstellung der Migrantinnen und Migranten.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Frank Baranowski [SPD]) (D)

Der jetzt eingebrachte Gesetzentwurf läutet in drei zentralen Punkten einen von uns seit Jahren befürworteten Paradigmenwechsel ein:

Erstens. Die Arbeitskrftezuwanderung über das Punktesystem bedeutet einen Einstieg in die demographische Einwanderung.

Zweitens. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wird es einen Rechtsanspruch auf Integrationsleistung für Migrantinnen, aber auch für Flüchtlinge geben.

Drittens. Erstmals werden nichtstaatlich bzw. geschlechtsspezifisch Verfolgte als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt und wird damit eine Schutzlücke in unserem Ausländergesetz geschlossen.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Frank Baranowski [SPD])

Aus meiner Sicht unterstützt diese geplante Gesetzgebung auf Bundesebene die Intention der

(Monika Düker [GRÜNE])

- (A) Integrationsoffensive, die wir hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen mit dem Programm für eine erfolgreiche Integrationspolitik auf Landesebene einstimmig verabschiedet haben.

Denn, meine Damen und Herren, gesetzliche Grundlagen schaffen wie z. B. der Rechtsanspruch auf Integration und das Schließen von Schutzlücken für Flüchtlinge kann nur der Bund leisten. Wir in NRW haben deutlich gemacht und sind auch weiter dazu bereit, das demnächst auszugestalten und diesen Ansprüchen auf Landesebene Rechnung zu tragen.

Das ehrgeizige Ziel der Bundesregierung hat leider nur einen Haken, und das ist die Hürde im Bundesrat. Es handelt sich nämlich um ein zustimmungspflichtiges Gesetz. Bedauerlicherweise hat Herr Beckstein letzte Woche auf der Innenministerkonferenz - im Übrigen hat er das schon für alle CDU-regierten Bundesländer mit formuliert - gesagt, dass er diesen Gesetzentwurf rundweg ablehnt und dass es keinesfalls eine Zustimmung geben kann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

- (B) - Ich sehe, auch hier findet Herr Beckstein Zustimmung im Parlament. Das finde ich sehr bedauerlich. - An einem klaren Bekenntnis zum Einwanderungsland Deutschland - wie es hier dem Landtag mit den Stimmen der CDU möglich war - fehlt es leider auf Bundesebene.

In dem vor uns liegenden Verfahren wird es aber auf die Länder ankommen. Eine Rücknahme oder eine Verwässerung der Eckpfeiler des Gesetzentwurfes, insbesondere bei der Neugestaltung eines humanitären Schutzstatus oder endlich bei der Einführung von Standards der Genfer Flüchtlingskonvention im Bereich der nichtstaatlichen Verfolgung, können und wollen wir Grüne nicht akzeptieren.

Dem Anliegen weiter Teile der CDU, eine eng eingegrenzte Zuwanderung auf Zuruf der Wirtschaft zu erkaufen mit dem Abbau von humanitären und vor allem auch völkerrechtlich verbindlichen Standards oder aber auch mit der Verschlechterung des Rechtsstatus für die hier seit Jahren lebenden Migrantinnen und Migranten erteilen wir eine klare Absage.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

(C) Dies haben wir bereits in den Verhandlungen zum ersten Entwurf des von Otto Schily vorgelegten Referentenentwurfs deutlich gemacht, und genau in diesem Bereich, und zwar auf unsere Initiative hin, sind Korrekturen vorgenommen worden; denn selbstverständlich geht es nicht nur um neue Zuwanderer, sondern natürlich muss ein neues Zuwanderungsgesetz auch diejenigen Migrantinnen und Migranten berücksichtigen, die bereits seit vielen Jahren bei uns leben.

Der Gesetzentwurf stellt jetzt deutlich fest: Keinem, der bereits hier lebt, wird es bei seiner Aufenthaltverfestigung oder beim Kindernachzug künftig schlechter gehen. Dabei wird es bleiben müssen. Dieser Anspruch darf im Gesetz - auch nicht durch Bundesratsinitiativen - nicht verwässert werden.

Offen geblieben sind in der Tat einige Fragen - auch für uns Grüne. Dies gilt beispielsweise für die Frage der politischen Steuerung in Bezug auf die künftige Einwanderungs-, Flüchtlings- und Integrationspolitik, aber auch im Hinblick auf soziale Maßnahmen auf dem Feld des neuen humanitären Status. Auch die zentrale Frage, wer wann sagt, wie viele Personen unter welchen Bedingungen und warum jemand Bestimmtes kommen kann, ist noch nicht geklärt. Ich finde, dass auch die Länderparlamente deutlich machen sollten, dass eine politische Steuerung notwendig ist und insofern auch die Länder einbezogen werden müssen.

(D) Unser Ziel ist es, auf der Bundesebene das Zuwanderungsgesetz im kommenden Frühjahr im Bundestag zu beschließen und es in dieser Wahlperiode in Kraft treten zu lassen.

Ich kann für dieses Ziel nur dringend an die CDU - auch hier im Landtag - appellieren: Herr Rüttgers - ich meine die neue CDU hier im Westen -, bringen Sie den Mut auf, das, was hier im Landtag interfraktionell möglich war - diesen neuen Geist, den wir hier im Hause hatten, auf Bundesebene mehrheitsfähig zu machen.

(Zurufe von der CDU - Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Auf vielen Veranstaltungen im Lande begegnen mir CDU-Politiker, die wirklich zukunftsweisende Vorstellungen vertreten. Herr Zylajew forderte neulich auf einer Veranstaltung in Euskirchen mit uns zusammen die Abschaffung der Abschiebe-

(Monika Düker [GRÜNE])

(A) haft. Sagen Sie das doch einmal auf einem Bundesparteitag! Sagen Sie das doch einmal in Berlin!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Edgar Moron [SPD]: Der redet einmal so und einmal so! Den kenne ich lange!)

Kollege Theo Kruse sagte neulich auf einer Veranstaltung in Iserlohn: Jawohl - es ging um illegale Migrantinnen und Migranten in Deutschland -, ich setze mich dafür ein, dass der Status und die soziale Situation von illegalen Einwanderern bei uns gestärkt wird. Die sollen zur Schule gehen können. Die sollen ins Krankenhaus gehen können. Dafür hat er sich auf der Veranstaltung in Iserlohn bei der Diakonie stark gemacht.

Prima, kann ich da nur sagen. Aber, meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU, sagen Sie das doch einmal in Berlin! Sagen Sie das Herrn Beckstein!

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Tun wir doch!)

- Wenn Sie das tun, dann haben wir alle eine Chance, dass dieses Einwanderungsgesetz wirklich noch in dieser Wahlperiode auf den Weg kommt. Dann können wir den Einstieg in eine moderne, zukunftsweisende und neue Einwanderungspolitik in Deutschland schaffen.

(B) (Beifall bei GRÜNEN und SPD)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. - Das Wort hat nun der Abgeordnete Jürgen Jentsch für die SPD-Fraktion.

**Jürgen Jentsch (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zuwanderung hat nichts mit ideologisch verbrämten Vorstellungen zu tun, sondern ist nach Auffassung aller Experten gesellschaftspolitisch notwendig, nicht nur um Deutschland im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu halten, sondern auch, um die sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren.

Ich verweise hier auch auf die aktuellen Veröffentlichungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, das eine berechenbare und dauerhafte Zuwanderung fordert. Dort hat man ab 2010 einen jährlichen Bedarf von zusätzlich 100.000 ausländischen Arbeitskräften ermittelt. Ob diese Zahlen so eintreffen und wie

wir mit den notwendigen Entscheidungen umgehen, kann nicht von parteipolitischen Wahlkampftackten abhängen, sondern bedarf eines wohlbegründeten und gut durchdachten Gesamtkonzeptes. (C)

Die Bundesregierung hat ihre Vorstellungen in einem Entwurf für ein modernes und flexibles und sozial ausgewogenes Zuwanderungsgesetz vorgelegt. Inhaltlich übernimmt dieser Entwurf weitgehend die detailliert ausgearbeiteten Vorschläge der unabhängigen Kommission Zuwanderung unter der Federführung von Frau Dr. Rita Süßmuth. Damit liegt dem Bundesparlament nicht nur das modernste Zuwanderungsrecht Europas vor, sondern es soll auch eine ungesteuerte illegale Zuwanderung eindämmen.

Durch diese flexible Zuwanderungspraxis demonstriert Deutschland nicht nur Weltoffenheit, sondern steuert damit auch den Arbeitsmarkt, um den Unternehmen Perspektiven für dringend benötigte Fachkräfte zu geben. Denn wir wissen alle, dass nur so die international tätigen Schlüsselbranchen konkurrenzfähig bleiben: ein enormer Schub für unsere Wirtschaft, insbesondere vor dem Hintergrund der alarmierenden demographischen Zahlen - übrigens ohne dabei die notwendigen Perspektiven im Bereich der Weiterqualifizierung für Arbeitslose zu vernachlässigen. (D)

Hiervor kann und darf Politik, ob konservativ, sozial oder liberal, nicht ihre Augen verschließen. Zukunft darf nicht um des Parteienstreits wegen infrage gestellt werden. So steht ein jeder von uns in der Verantwortung, in der Verpflichtung, sich entsprechend einzubringen. Wir brauchen ein parteiübergreifendes, tragfähiges und zukunftsfähiges Konzept, das uns nicht zusätzliche Probleme beschert, sondern praktikable Handhabungen sowie für die Bürgerinnen und Bürger erkennbare Vorteile bringt.

Eine der wichtigsten, wenn nicht gar die wichtigste Aufgabe bleibt die Integration der Ausländer und der Aussiedler. Das ist leider in der Vergangenheit nicht so gelungen, wie es nötig gewesen wäre. Denn dann wären viele Spannungen in der Gesellschaft vermieden worden.

Wir in Nordrhein-Westfalen haben dies erkannt und durch unseren gemeinsamen Antrag gute Grundlagen geschaffen. Denn unser, von allen Fraktionen getragenes Integrationskonzept macht ja deutlich, dass wir im Lande gemeinsam bereit

(Jürgen Jentsch [SPD])

(A) sind, diese Probleme im menschlichen Zusammenleben zu lösen.

Allerdings werden dafür erhebliche finanzielle Mittel erforderlich, die kein Land und keine Kommune allein schultern kann. Von daher begrüßen wir es, dass sich der Bund entsprechend beteiligen will. Wir werden aufmerksam darauf achten, dass hier nicht wieder gespart wird. Hierzu liegen die entsprechenden Vorschläge der Kommission vor, wohlwissend, meine Damen und Herren, dass der Schlüssel der Integration die Kenntnis der deutschen Sprache ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ein ausgewogenes Zuwanderungsgesetz ist die richtige Grundlage, um diesen Weg einzuschlagen. Nur so können die von uns allen geforderten und gewünschten Wirkungen eintreten. Wirtschaftsfreundlich, den Missbrauch des Asylrechts einzugrenzen, ohne die Genfer Flüchtlingskonvention infrage zu stellen, bleiben wir ein Land, das sich dem sozialen und humanen Gedankengut verschrieben hat, auf das wir alle immer stolz waren und auch weiterhin sein können.

(B) Gerade die Kernpunkte um die umfassende Neuregelung des Ausländerrechts machen deutlich, dass Klarheit, Vereinfachung und Flexibilität des bisherigen oft zeit- und verwaltungsaufwendigen Verfahrens ablösen sollen. Statt der Unübersichtlichkeit der vielen Einzelmaßnahmen werden Aufenthaltsrecht und Arbeitserlaubnis zusammengefasst. Dabei folgt eine Orientierung nach den Aufenthaltswegen. Dies ist ja wohl nicht verkehrt.

Dass künftig viele der zentralen Fragen in einem neuen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gebündelt werden, ist doch auch in unserem Interesse, wie im Übrigen auch der weisungsunabhängige Sachverständigenrat, der der Politik die notwendigen Entscheidungsmerkmale liefern soll.

Es kann ja wohl nicht wahr sein, dass sich christliche Politiker im Gegensatz zu den vielen Sonntagserklärungen auf einmal familienfeindlich gebärden, wenn es um den Nachzug der leiblichen Kinder von hier lebenden oder zu uns kommenden Ausländern geht. So verdeutlichen die vorgesehenen Regelungen in der Altersfrage, dass gerade hier die Integrationsvorstellungen eine entscheidende Rolle spielen werden. Dies gilt letztlich auch für die Verfolgung aus geschlechtsspezifischen

(C) schen und nichtstaatlichen Gründen. Damit erfolgt keine Ausweitung des Asylrechts, sondern diesen Personen wird ein Abschiebeschutz erteilt, der nach drei Jahren daraufhin überprüft wird, ob Fluchtgründe weiter bestehen.

Obwohl die CDU selbst mit ihren weiblichen Parteimitgliedern nicht gerade zimperlich umgeht - wir erleben das ja ständig in Berlin -, sollte sie respektieren, dass es Frauen auf dieser Welt gibt, Herr Arentz,

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Können Sie mir das noch einmal erklären? Jetzt bin ich aber platt!)

die Unmenschliches erleiden müssen und denen wir unsere Hilfe nicht verweigern dürfen.

Dieser Gesetzentwurf zeigt, dass in einer gut durchdachten Gesamtregelung bisherige Problemstellungen angefasst und gelöst werden. Er ist aber auch gleichzeitig ein Konsenspapier, das Bedenken aufnimmt und sie zu einer Klärung führt. Wer hieraus nach Stammtischmanier politisches Kapital schlagen will, muss wissen, dass er damit denjenigen Munition liefert, die diesen Staat in seiner Meinungs- und Bewegungsfreiheit weiter einschränken wollen. Nicht Sprüche, sondern die Bereitschaft, Gemeinsamkeiten zu entwickeln, damit wir nicht schon heute unsere Zukunftschancen verspielen, muss doch der Ansatz sein, wie Frau Dr. Süssmuth sagt, argumentativen Auseinandersetzung sein, nicht aber eine wahltaktische Angstkampagne.

(D) Das Zuwanderungsgesetz ist genau der richtige Schritt zur richtigen Zeit in die richtige Richtung. Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Ich danke dem Kollegen Jentsch. - Das Wort hat Herr Kollege Zylajew für die CDU-Fraktion.

**Willi Zylajew (CDU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Düker, die Grünen sollten doch bitte zur Kenntnis nehmen, dass wir als Union ein Zuwanderungskonzept vorgelegt haben, das im Kern klar und deutlich erklärt: Wir müssen die Integration derjenigen Zuwanderer verbessern,

(Willi Zylajew [CDU])

(A) die derzeit schon in der Bundesrepublik Deutschland leben.

(Beifall bei der CDU)

Das haben wir auf Bundesebene erklärt.

(Zuruf von Ute Koczy [GRÜNE])

- Sie gehen ja auch bei Rot über die Ampel, Frau Kollegin; das habe ich vorgestern selbst gesehen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich habe gehupt. Dann hat Frau Löhrmann versucht, Sie zu bremsen, aber Sie sind trotzdem weiter bei Rot gelaufen. Ich hoffe, dass das Ihr einziges Fehlverhalten in diesem Jahr war, Frau Koczy.

Die Integrationsoffensive aus dem letzten Jahr trägt den Briefkopf der CDU-Landtagsfraktion und nicht den der Landtagsfraktion der Grünen, ob es Ihnen gefällt oder nicht. Es waren also wir, die hier gestartet sind.

(Beifall bei der CDU)

Wir können Sie nur dringend bitten, sachlich an diesem Thema weiterzuarbeiten, auch wenn Sie heute früh vielleicht schon ein Stück im Vorwahlkampf sind. Wir sind daran interessiert. Ich denke, wir haben bisher in Übereinstimmung von FDP, CDU, SPD und Grünen in NRW schon einiges Wichtige bewegt.

(B)

Zuwanderung kann nur auf einer vernünftigen Integration der hier bereits lebenden Menschen und ihrer Kinder aufbauen. Diese Handlungsmuster können wir dann für neue Zuwanderung übernehmen.

Ich sage noch einmal: Wir haben das Konzept, das Peter Müller erarbeitet hat. Dieses Konzept ist in unserer Gesellschaft konsensfähig; es wird von weiten gesellschaftlichen Gruppen getragen. Es wird im Ergebnis auch von den Kollegen der SPD - selbst Herr Kollege von Grünberg ist begeistert - und der FDP getragen und findet natürlich auch die breite Zustimmung der CDU/CSU und die Zustimmung unserer Kommunalvertreter sowie der Länder.

Und Sie, die Grünen, satteln bei den Forderungen permanent drauf. Sie gefährden letztendlich durch Ihr Tun in Berlin den gesellschaftlichen Frieden. Sie wollen verhindern, dass es hier zu einem brei-

ten Konsens kommt. Sie knebeln in diesem Thema Ihren Koalitionspartner bis weit über die Schmerzgrenze hinaus. Wenn wir bei der Integration und Zuwanderung nicht weiterkommen, liegt das daran, dass die Grünen dieses Thema zum Wahlkampfthema machen wollen. Das verdienen die Zuwanderer nicht.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Unser Land hat in der Vergangenheit viel Zuwanderung erlebt. Unser Land ist und bleibt - davon sind wir überzeugt - für Zuwanderer nach wie vor wegen seiner wirtschaftlichen Kraft, seiner sozialen Leistungen, seiner - zumindest teilweise - guten Schulen, seines leistungsstarken Gesundheitswesens und seiner rechtsstaatlichen Ordnung ausgesprochen attraktiv. Deutschland ist auch wegen seiner Freundlichkeit gegenüber Zuwanderern und Fremden attraktiv. Wenn wir uns fragen, was Deutschland so attraktiv macht und wie das Bild der Deutschen im Ausland ist, müssen wir schlichtweg festhalten, dass bei einer Umfrage in Osteuropa erklärt wurde: Deutsche sind ordentlich, fleißig, sauber, sozial gerecht, auch reich und klug.

(Heiterkeit)

Das ist das Bild, das in Osteuropa bei einer Umfrage gezeichnet wurde. Ich denke, wir sollten nichts an dieser Attraktivität Deutschlands verändern. Im Gegenteil, wir müssen Deutschland noch attraktiver machen. Selbst die Regierung Schröder - ob ihre Zeit nun heute zu Ende geht oder nicht - wird es nicht schaffen, die Attraktivität Deutschlands für Zuwanderer wesentlich zu reduzieren.

(D)

Ich sage klipp und klar: Wir wollen keine Parallelgesellschaften; wir wollen keine multikulturelle Gesellschaft; wir wollen eine interkulturelle Gesellschaft, in der die Gruppen einander achten und die Menschen versuchen, sich zu verstehen. Wenn Menschen sich verstehen sollen, kann das nur über Sprache funktionieren.

(Beifall bei der CDU)

Von daher ist unsere Position - auch in den Haushaltsberatungen, die in den Ausschüssen noch vor uns liegen - eine einfache: Wir wollen Mittel einsetzen, um die Sprachkenntnisse insbesondere der jungen Zuwanderer stärker zu fördern. Wir wollen Verlässlichkeit der Förderung in der Schule. Wir wollen schon im Kindergartenalter Ange-

(Willi Zylajew [CDU])

- (A) bote schaffen und verlangen, dass diese auch angenommen werden. - Ob Sie als Grüne hier in Düsseldorf dabei mitziehen und bereit sind, dort Prioritäten zu setzen, werden wir noch erleben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Was wir bisher von der von Ihnen mitgetragenen Landesregierung als Vorlage bekommen haben, ist dürrtig und mager. Man muss sich fast schon schämen, dass dies die Antwort einer Landesregierung auf eine Integrationsoffensive des Landtags ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich vermute, Ihre Abgeordneten reden mit Vertretern der Regierung. Ich habe aber den Eindruck, dass die Regierung Sie schlichtweg nicht versteht. Das wird nicht mit einem Sprachkurs zu beheben sein; Sie müssen sich wirklich Mühe geben, mit Argumenten das umzusetzen, was wir insgesamt wollen.

Wir leisten dazu unseren Beitrag. Wir sagen: Bevor wir in Berlin über Zuwanderung diskutieren, sollten wir zunächst einmal die Situation hier im Land in Ordnung bringen. Dazu haben Sie bisher außer der Zustimmung zu unserem gemeinsamen Antrag nichts getan, was den Menschen wirklich hilft. Schauen Sie nicht nach Berlin; lassen Sie uns die Arbeit zunächst einmal hier in Düsseldorf erledigen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Herr Kollege Zylajew. - Das Wort hat für die FDP-Fraktion Frau Abgeordnete Dr. Dreckmann. Bitte schön.

**Dr. Ute Dreckmann (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema, das wir heute Morgen diskutieren, ist für mich alles andere als aktuell, an einem Tag wie dem heutigen schon gar nicht.

Nun zur Richtigstellung, liebe Frau Düker: Der erste Entwurf eines Einwanderungsgesetzes

stammt von der FDP und lag schon in der letzten Legislaturperiode vor. (C)

(Frank Baranowski [SPD]: Sie haben ihn nicht umgesetzt!

Er unterscheidet sich im Übrigen gar nicht so wesentlich von dem jetzt vorliegenden Entwurf.

(Frank Baranowski [SPD]: Was haben Sie davon umgesetzt?)

- Das steht auf einem ganz anderen Blatt.

(Edgar Moron [SPD]: Fordern und nichts bringen!)

- Die Grünen setzen auch nicht alles durch, was sie gefordert haben.

(Frank Baranowski [SPD]: Mehr als Sie!)

- Das bezweifle ich sehr.

Wir haben hier vor der Sommerpause die Integrationsoffensive Nordrhein-Westfalen beschlossen - einzigartig und beispielhaft für die ganze Republik. Wir Migrationspolitiker reisen zurzeit durch das Land, um dieses Papier vorzustellen und für seine Umsetzung zu werben, und zwar sowohl bei unseren eigenen Parteifreundinnen und Parteifreunden in den kommunalen Parlamenten und Orts-, Kreis- oder Bezirksverbänden als auch bei Podiumsdiskussionen mit den Migrantinnen und Migranten und Vertretern der in der Migrationsarbeit beschäftigten Verbände und Organisationen. (D)

Bei all diesen Veranstaltungen habe ich immer wieder große Zustimmung zu dem Papier erlebt, zeitweilig gepaart mit ungläubigem Staunen über die Einigkeit der Fraktionen bei diesem Thema. Ein gutes Beispiel dafür war die Diskussionsrunde letzten Samstag im Haus der Geschichte in Bonn, an der die Kollegen von Grünberg, Zylajew und ein Vertreter der grünen Ratsfraktion teilgenommen haben. Jetzt wollen wir Migrationspolitiker unsere Bundestagsfraktionen von dem Inhalt dieses Papiers überzeugen.

Debattieren müssen wir in diesem Haus über dieses Papier, denke ich, aber nicht mehr. Jetzt geht es darum, die Ziele der Integrationsoffensive NRW konkret umzusetzen. Dafür brauchen wir

(Dr. Ute Dreckmann [FDP])

- (A) neben dem guten Willen und dem Engagement aller daran Beteiligten vor allem eines: Geld, und zwar viel Geld. Das sehe ich im Moment weder auf Landes- noch auf Bundesebene, auf kommunaler Ebene schon gar nicht.

An dieser Tatsache ändert auch der am 7. November dieses Jahres beschlossene Entwurf des Zuwanderungsgesetzes nichts. Dass mit diesem Gesetz die Integration von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland erstmals staatliche Aufgabe wird, begrüßen wir sehr.

Wir stimmen im Prinzip auch der bei der Finanzierung der Integrationskurse geplanten Kostenteilung zwischen dem Bund und den Ländern zu. Danach übernimmt der Bund die Finanzierung der Basissprachkurse für alle Neuzuwanderer, die Länder übernehmen die Kosten für die Aufbaukurse der Neuzuwanderer und für die Integrationsmaßnahmen für die bereits in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten.

Für die Zukunft gesehen scheint diese Kostenteilung sinnvoll und gerecht. Im Moment belastet sie aber einseitig die Länder. Denn von außen werden auch in Zukunft eher weniger Migrantinnen und Migranten in die Republik kommen. Allein in Nordrhein-Westfalen leben aber bereits zwei Millionen Bürgerinnen und Bürger mit ausländischem Pass.

- (B)

Natürlich brauchen nicht alle von ihnen Sprachkurse. Aber der Bedarf ist, wie wir auch in der Integrationsoffensive festgestellt haben, beträchtlich. Der Basissprachkurs für Ersteinreisende soll 300 Unterrichtsstunden, der Orientierungskurs - er beinhaltet Gesellschafts- und Rechtsordnung, Kultur und Geschichte Deutschlands - ca. 30 Stunden umfassen. Der Aufbaukurs bzw. Basiskurs für die bereits im Lande lebenden Migrantinnen und Migranten, den die Länder finanzieren sollen, soll ebenfalls 300 Unterrichtsstunden umfassen.

Einen Anspruch auf Teilnahme an diesen Integrationskursen sollen alle Ausländer haben, die sich dauerhaft in der Bundesrepublik aufhalten. Dieser Anspruch ist gekoppelt an die Pflicht zur Teilnahme an diesen Kursen. Wird dieser Pflicht nicht nachgekommen, kann dies bei der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis negativ berücksichtigt werden. So weit, aber nicht so gut, meine Damen und Herren. Denn über die Finanzierung dieser

- (C) Kurse ist mit den Ländern meines Wissens noch gar nicht gesprochen worden.

Das vorgeschlagene Integrationsmodell orientiert sich meines Erachtens an den Niederlanden. Dort beinhaltet der Integrationskurs für Zuwanderer aber ca. 600 Stunden Theorie. Unter anderem geht es um die Vermittlung von Sprach- und Landeskennnissen verbunden mit einer sozialen Betreuung.

Auch das Modell der Süßmuth-Kommission sah 600 Stunden Deutschunterricht und Landeskunde für jeden Zuwanderer vor. Die Kosten sollten sich auf ca. 660 Millionen DM im Jahr belaufen. Auch wenn der jetzt vorliegende Entwurf des Zuwanderungsgesetzes nur ca. die Hälfte der Unterrichtsstunden vorsieht, sind die Kosten, die auf den Bund, insbesondere aber auf unser Land zukommen, enorm. Wie sollen wir das bezahlen?

Die FDP sieht in diesem Gesetzentwurf eine gute Grundlage für eine zukunftsgerechte und bedarfsorientierte Zuwanderung; denn viele Forderungen der FDP finden sich darin wieder. Vor allem aber bei der Arbeitsmarktzuwanderung sind hinsichtlich des Verfahrens noch Detailfragen zu klären, um eine möglichst unbürokratische Regelung zu erreichen. Das geplante In-Kraft-Treten dieses Gesetzes zum 1. Januar 2003 ist für uns aber viel zu spät. Das neue Gesetz muss bis Mitte 2002 in Kraft treten.

- (D)

Vor allem aber darf dieses Thema kein Wahlkampfthema werden.

Die parlamentarischen Beratungen des Gesetzes müssen möglichst sofort beginnen. Dies ist aber hier und heute nicht unser Thema; denn dies ist ein Landesparlament. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Danke schön, Frau Dr. Dreckmann. - Das Wort hat Herr Innenminister Dr. Behrens.

**Dr. Fritz Behrens, Innenminister:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zuwanderung und Integration - das sind zwei Begriffe, die notwendigerweise zusammengehören. Das sind zwei wich-

(Minister Dr. Fritz Behrens)

(A) tige und schwierige Aufgaben des Staates, aber auch der Gesamtgesellschaft.

Die Zuwanderung, die wir wollen und die wir benötigen, muss bedarfsgerecht gesteuert, aber auch - das ist die andere Seite der Medaille - nach verantwortungsvollen Kriterien begrenzt werden.

Wir haben in Deutschland jetzt anderthalb Jahre intensiver Diskussion über die Zuwanderungsfrage hinter uns. Sie hat begonnen - Sie erinnern sich - mit der Green-Card-Initiative des Bundeskanzlers im Frühjahr des vergangenen Jahres. Ich denke, es ist höchste Zeit, jetzt zu politischen Entscheidungen zu kommen. Das ist eine Aufgabe der Bundespolitik, an der die Länder aber sicherlich intensiv mitwirken werden.

Unerlässliche Ergänzung einer so beschriebenen Zuwanderungspolitik ist und muss eine aktive Rolle des Staates bei der Eingliederung der ausländischen Mitbewohner in unsere gesellschaftlichen Zusammenhänge sein. Gerade vor dem Hintergrund der Terroranschläge und der kriegerischen Auseinandersetzungen, die aus einer weltumspannenden Krise der Entfremdung zwischen Völkern und Weltanschauungen erwachsen, muss die Politik tragfähige Lösungen anbieten.

(B) Gerade jetzt sind wir alle besonders gefordert, um das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in unserem Land auch für die Zukunft zu gewährleisten.

Deshalb bin ich froh und habe es auch immer wieder öffentlich eingefordert, dass die Bundesregierung trotz erheblicher Geburtswehen bei seinem Zustandekommen einen Gesetzentwurf vorgelegt hat, der jetzt in die politischen Beratungen geht.

Der Entwurf eines Zuwanderungsgesetzes der Bundesregierung gibt mir Anlass zu der Hoffnung, dass wir in Zukunft eine umfassende Gesamtregelung der Einwanderung und Integration haben werden, in der nicht nur wesentliche Teile des Berichts der Unabhängigen Kommission "Zuwanderung" unter der Leitung von Frau Prof. Dr. Süßmuth umgesetzt sind, sondern die trotz aller öffentlich ausgetragenen Kontroversen auch eine gute Basis für einen Konsens bietet.

Ich habe mich immer für einen solchen Konsens, für eine solche Verständigung über alle politischen Grenzen hinweg eingesetzt. Ich tue das auch weiterhin. Wir haben darüber in der letzten Woche in der Innenministerkonferenz eine intensi-

ve Diskussion - noch ohne Ergebnis - gehabt. Ich hoffe sehr, dass sich auch die CDU/CSU bereit findet, sich auf diesen Weg zu begeben. (C)

Ich denke, dass die CDU in Nordrhein-Westfalen vor dem Hintergrund dessen, was hier zur gemeinsamen Integrationsoffensive des Landtages diskutiert und zustande gebracht worden ist, auch eine ganz besondere politische Verantwortung hat.

Meine Damen und Herren, ich will es so zusammenfassen: Bei dieser für unsere gesamte Gesellschaft so entscheidenden und wichtigen Frage sollte es nicht von der K-Frage abhängen, wie sich die CDU/CSU verhält.

(Beifall bei der SPD)

Im Moment weiß die CDU/CSU offensichtlich nicht, wem sie folgen soll: Herrn Stoiber oder Frau Merkel, die unterschiedliche Grundrichtungen vertreten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich denke, gerade die CDU in Nordrhein-Westfalen hat jetzt eine besondere politische Verantwortung in dieser gesellschaftspolitisch so wichtigen Frage. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, was bringt dieses Gesetz? Die Neuregelung enthält das Signal, dass Ausländer für unsere Gesellschaft wertvoll und erwünscht sind, dass Zuwanderung auch künftig gebraucht wird. Das gilt zunächst einmal für den Kreis der Arbeitsmigranten. Nach der Neuregelung können hoch qualifizierte Ausländer und eine begrenzte Anzahl besonders geeigneter Zuwanderer, die über ein Auswahlverfahren gewonnen werden, von Anfang an ein unbefristetes Aufenthaltsrecht erhalten.

Ausländische Studenten erhalten nach Abschluss ihres Studiums die Möglichkeit, eine Beschäftigung im Bundesgebiet aufzunehmen. Außerdem kann Ausländern bei einem entsprechenden wirtschaftlichen Interesse oder einem besonderen regionalen Bedürfnis eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit, etwa als Handwerker oder als Unternehmer in einem anderen Bereich, erteilt werden.

(Minister Dr. Fritz Behrens)

(A) Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt davon, dass wir mit dieser Art von gewünschter Zuwanderung derzeit freie und nicht zu besetzende Arbeitsplätze aus unserem Arbeitsmarkt besetzen können und dass darüber gleichzeitig neue Arbeitsplätze auch für die deutsche Bevölkerung bei uns im Lande entstehen werden. Zugleich wird die Bundesrepublik Deutschland mit dem Abbau bürokratischer Hindernisse im internationalen Wettbewerb um die "besten Köpfe" konkurrenzfähiger. Wir sind uns doch klar darüber, dass unser derzeit geltendes Ausländerrecht in dieser Frage - Wettbewerb um die "besten Köpfe" - weltweit absolut antiquiert und dringend überarbeitungsbedürftig ist.

Ich begrüße es im Übrigen, dass der Entwurf der Bundesregierung auch die Familiennachzugsmöglichkeiten teilweise neu regeln wird. So besteht für Kinder bis zum 18. Lebensjahr bei Einreise im Familienverband ein Anspruch auf Familiennachzug. Außerhalb des Familienverbandes ist eine Einreise bis zum 14. Lebensjahr vorgesehen. Darüber hinaus kann der Nachzug weiterhin im Rahmen des Ermessens ermöglicht werden. Nachziehende Familienangehörige sollen künftig außerdem sofort Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten.

(B) Natürlich, meine Damen und Herren: Die Altersgrenze von 14 Jahren stellt das Ergebnis eines politischen Kompromisses dar - da gibt es nichts darum herzumreden -, den ich mittragen kann. Ich begrüße es, dass der Nachzug weiterhin auch im Ermessenswege ermöglicht und Familienangehörigen der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert wird, denn Letzteres begünstigt ihre Integrationschancen, die uns doch allen sehr am Herzen liegen.

Meine Damen und Herren, ich verstehe die Argumentation der CDU - jedenfalls in der Innenministerkonferenz - nicht, die sagt, diese 14 Jahre seien nicht ausreichend, es müssten zwölf oder sechs sein. Immerhin sind 14 Jahre weniger als 16, die zurzeit gelten. Aus Ihrer Sicht ist das also eine Verbesserung. Ich weiß nicht, wieso Sie dagegen sind.

Der Regierungsentwurf sieht außerdem Verbesserungen bei den humanitären Bleiberechten vor. Ein Aufenthaltsrecht kann danach auch dann in Betracht kommen, wenn die Verfolgung auf geschlechtsspezifischen und nichtstaatlichen Gründen beruht. Auch für Personen, die unverschuldet nicht in ihr Heimatland zurückkehren können, er-

geben sich Verbesserungen. Sie können nunmehr ein befristetes Aufenthaltsrecht erhalten. (C)

Allerdings - auch das muss klar ausgesprochen werden - sollen Personen, die in ihr Heimatland zurückkehren könnten, aber bewusst versuchen, sich einer Ausreisepflicht zu entziehen, nach dem Entwurf der Bundesregierung auch konsequent zurückgeführt werden. Das ist die andere Seite der Medaille.

Der Entwurf sieht außerdem eine weitgehende Gleichstellung der Asylberechtigten mit den sonstigen politisch Verfolgten vor. Beide Gruppen werden in Zukunft ein zunächst dreijähriges Aufenthaltsrecht mit gleichen Rechten am Arbeitsmarkt erhalten. Mit dem Zugang zum Arbeitsmarkt dürften die Aufwendungen der öffentlichen Hand für Sozialleistungen alles in allem erheblich sinken.

Der Grundsatz, meine Damen und Herren, jeden aufzunehmen, der tatsächlich wirklichen Schutz vor Verfolgung braucht, kann nur dann wirksam bleiben und in der deutschen Bevölkerung auf Akzeptanz stoßen, wenn nicht schutzbedürftigen Migranten klargemacht wird, dass ein Aufenthalt bei uns bis zur rechtskräftigen Entscheidung nur von begrenzter Dauer ist. Das gilt natürlich auch für jene, die mangels Erfolgsaussichten den Weg in ein Asylerkennungsverfahren nicht beschreiten, sondern ganz bewusst als so genannte Illegale hier leben wollen. (D)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung wird in dem anstehenden Bundesratsverfahren darauf achten, dass die Interessen der Länder und auch der Kommunen, die vor Ort die Belastungen vor allem der Integration zu tragen haben, ausreichend berücksichtigt werden.

Da geht es vor allem um die Kosten für die Integrationskurse, die den Kommunen in gewisser Weise verpflichtend vorgeschrieben werden.

Es ist ein unverzichtbares, ein außerordentlich wichtiges Element des Gesetzentwurfes, dass nun erstmals im deutschen Ausländerrecht Vorschriften über die Integration der Zugewanderten in die deutsche Gesellschaft vorhanden sind. Das ist ein Einstieg in eine systematische, gesetzlich begründete Förderung der Integration von Zuwanderern in Deutschland. Ich glaube, dass das dringend geboten ist und dass das ein ganz wesentlicher Schritt hin zur Umsetzung der in diesem

(Minister Dr. Fritz Behrens)

(A) Landtag gemeinsam beschlossenen Integrations-offensive ist.

Zu diesem Themenbereich, meine Damen und Herren, überlasse ich das Wort meinem Kollegen Herrn Schartau, der die Integrationsbemühungen und -anstrengungen der Landesregierung in einer zweiten Runde ergänzend darstellen wird. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Herr Innenminister. - Nun hat der Kollege Kufen für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

**Thomas Kufen (CDU:** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab, Herr Präsident: Sie dürfen mich gerne unterbrechen, falls es die Bundesregierung in der Zwischenzeit nicht mehr geben sollte. Dann machen wir an der Stelle gerne eine Pause.

(Frank Baranowski [SPD]: Eine Bundesregierung gibt es immer, Herr Kufen! - Jürgen Jentsch [SPD]: Das war aber nichts! - Gegenruf des Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das war gut!)

(B)

Ich kann auch alle Sorgen beim Innenminister zerstreuen. Das hat er schon pfiffig gemacht: inhaltliche Positionen zu Zuwanderung und Integration mit der K-Frage zu verquicken. Wir können Sie beruhigen. Bei uns ist es so: Erst die Inhalte, dann die Personen.

(Lachen bei SPD und GRÜNEN)

Das verstehen Sie nicht; das ist klar. Denn bei SPD und Grünen ist es so: Nur noch Personen und überhaupt keine Inhalte mehr.

(Frank Baranowski [SPD]: Ist heute Morgen Kabarett angesagt, Herr Kufen? Der 11.11. ist schon vorbei! - Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Aber wir wollen uns den Zoff aus Berlin nicht in den Landtag holen. Die Themen Zuwanderung und Integration gehören zusammen, denn Integration ist die Voraussetzung für Zuwanderung. Wer Integration will, muss aber gleichzeitig auch für

Zuzugsbegrenzung und Zuwanderungssteuerung sein, (C)

(Frank Baranowski [SPD]: Dann müssen Sie für unser Gesetz sein!)

und das im Interesse sowohl der Zuwanderer als auch der bereits Zugewanderten und der aufnehmenden Gesellschaft.

Die neue Qualität von Zuwanderung bringt auch neue Herausforderungen bei der Integration mit sich: Zu lange ist Politik insgesamt von der Annahme eines vorübergehenden Aufenthalts von Migrantinnen und Migranten ausgegangen.

Sie haben es schon anklängen lassen: Wir haben in diesem Parlament einen Konsens bei der Integration. Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat es vorgemacht, wie man einen Konsens erreichen kann, wenn man es will.

Gleichzeitig sagen wir als CDU aber auch: Ein politischer Konsens kann nicht den politischen Wettbewerb außer Kraft setzen. Das sage ich auch in Richtung unserer Gasthörer auf der Regierungsbank: Ein Konsens unter den vier Landtagsfraktionen ersetzt noch keine Übereinstimmung mit der Landesregierung. Auch das ist eine Erfahrung, die wir erst machen mussten. (D)

Wir wollen den Wettbewerb der Ideen, denn ein Wettbewerb ist auch ein Ringen um die besten Lösungen. Das Ziel der Integration beinhaltet Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit. Konkret: Gerade für junge Menschen - junge Migrantinnen und Migranten - bedeutet das bessere Bildungs- und Teilhabechancen in diesem Land.

(Frank Baranowski [SPD]: Das sagen Sie einmal dem Beckstein!)

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist bei der Integration nicht alles, aber ohne die Beherrschung unserer Sprache ist alles nichts.

Die Landesregierung hat angekündigt, für das kommende Jahr ein ressortübergreifendes Sprachförderkonzept vorzulegen. Das ist aus unserer Sicht überfällig. Wir warten schon darauf, weil es wichtig ist, dass wir an dieser Stelle anpacken. Denn noch immer schaffen Jugendliche mit Migrationshintergrund seltener einen Schulabschluss als andere Jugendliche. Der Notenschnitt der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist aufgrund

(Thomas Kufen [CDU])

- (A) mangelnder Deutschkenntnisse schlechter als bei den übrigen Mitschülerinnen und Mitschülern. Mehr als die Hälfte der Migranten geben ihre Sprachkompetenz im Deutschen als mittelmäßig bis schlecht an.

Allein in Köln - um eine Zahl zu nennen - werden jährlich 1.000 Migrantenkinder mit geringsten Deutschkenntnissen eingeschult. Das hat zur Folge, dass der Anteil derer, die keinen Schulabschluss erreichen, bei den Zuwandererkindern zweieinhalb mal so hoch und ihr Anteil bei den arbeitslosen Jugendlichen fast dreimal so hoch ist.

Es gibt Sprachdefizite - auch bei der zweiten und dritten Generation. Dann müssen wir auch ehrlich ansprechen: Das liegt daran, dass vornehmlich Partnerinnen und Partner aus dem Herkunftsland geheiratet werden.

Es ist wichtig, dass wir über die Angebote für Kinder und Jugendliche auch die Mütter und Väter erreichen. Aber erreichen wir die Kinder und Jugendlichen aus Migrantenfamilien überhaupt? Abgesehen von Kindertagesstätten, Schulen und Ausbildungsstätten besteht wenig Möglichkeit für Kontakte zwischen Migranten und Deutschen.

- (B) (Carina Gödecke [SPD]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Außerhalb der uns bekannten Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit haben sich aber längst türkisch-muslimische, zunehmend kommerziell betriebene Angebote etabliert. Finden wir Zugang zu diesen Moscheevereinen, Verbänden und Dachorganisationen? Die Erfahrung zeigt uns doch: So, wie wir den Migrantenselbstorganisationen begegnen, so werden sie sich auch verhalten. Das zeigt sich in Desinteresse und Ausgrenzung. Das kann nicht so bleiben. Da müssen wir ebenfalls etwas tun.

Islam und Integration gehören ebenfalls zusammen. In Nordrhein-Westfalen wird es vorerst weiterhin keinen islamischen Religionsunterricht als Lehrfach geben; das hat viele Gründe. Unser Ziel muss dennoch völlig klar sein: Wir wollen das Feld nicht den Koran-Interpreten überlassen, die nicht Religion vermitteln, sondern ihre eigene rückwärts gewandte Politik betreiben. Deshalb muss der Islam bei der Integration eine wichtigere Rolle einnehmen, denn es gibt Unsicherheiten auf beiden Seiten, und das nicht erst seit dem

11. September, aber seit dem 11. September offensichtlicher als vorher. (C)

Die großen muslimischen Vereine - auch das gehört zur Wahrheit - sind heute noch stark auf ihre Herkunftsländer fixiert und zu wenig an der Integration interessiert. Auch dort müssen wir neu ansetzen.

Aber was auch wahr ist: Zu einem interkulturellen Dialog ist es wichtig, die eigene Kultur, die eigenen Wurzeln und Werte zu kennen. Toleranz, Achtung der Menschenwürde, Nächstenliebe sind das Fundament unserer Gesellschaft. Das bringen wir mit ein. Den weiteren Weg gehen wir gemeinsam mit den Migranten. Das ist ein Weg, der sich lohnt.

(Beifall bei der CDU - Frank Baranowski [SPD]: Das war ein abruptes Ende!)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Kollege Kufen. - Das Wort hat der Kollege Karli für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

- Jamal Karli (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Gäste! Zuerst möchte ich an diesem Tage von hier aus allen Muslimen in Nordrhein-Westfalen, in ganz Deutschland und überall auf der Welt zum Anfang des Fastenmonats Ramadan herzlich gratulieren. Ich denke, Ramadan bedeutet für viele Muslime den Monat des Friedens und der Versöhnung. Ich denke, gerade heute und angesichts der aktuellen Ereignisse brauchen wir Frieden, Versöhnung und den Dialog der Kulturen. (D)

Meine Damen und Herren, die Debatte hat gerade gezeigt - was mich sehr freut -, dass wir in Nordrhein-Westfalen in einen Wettbewerb der guten Ideen eingetreten sind. Ich weiß nicht, was auf Bundesebene läuft. Die FDP sagt, das Zuwanderungsgesetz komme von ihrer Fraktion. Darüber freue ich mich. Ich sehe auch den Eifer von der CDU, die sagt: Wir haben den Antrag "Einheit in Vielfalt" zuerst vorgelegt.

Aber als ich diesen Antrag gelesen habe, habe ich den Kopf geschüttelt und gesagt: Das sind grüne Ideen auf schwarzem Papier. Hier hat die CDU wirklich bewiesen, dass sie sehr gut abschreiben kann. Aber trotzdem freue ich mich sehr, dass

(Jamal Karsli [GRÜNE])

(A) sich die CDU uns angeschlossen hat und dass wir so weitergekommen sind.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Selbst wenn es so wäre!)

Das ist auch so; das kann ich Ihnen beweisen; das haben wir verabschiedet.

Ich denke, wir geben in unserem Land ein Vorbild für andere Länder. Die Landesregierung hat die Integrationsinitiative beschlossen und der Landtagspräsident wird jetzt dankenswerterweise eine Broschüre herausgeben. Ich hoffe, dass diese Broschüre zu dieser Offensive überall gelesen wird. - Kollege Zylajew zeigt mir gerade eine Broschüre. Es ist erfreulich, dass wir alle am selben Strang ziehen.

Herr Kollege Zylajew, insofern gebe ich Ihnen Recht: Dass wir die Haushaltsmittel im Antidiskriminierungsbereich aufstocken und die anderen Haushaltstitel aufrollen konnten, das ist erfreulich.

Nicht nur auf Landesebene, sondern auch auf Bundesebene wird festgestellt - das sagt die Süßmuth-Kommission -: Deutschland ist ein Einwanderungsland. - Auch die Kirchen sind dieser Meinung und sagen: Wir brauchen Einwanderer. - Auch die Wohlfahrtsverbände, der Bundesverband der Deutschen Industrie und der UNO-Flüchtlingskommissar sagen das. Eine UNO-Studie besagt, dass Deutschland jedes Jahr 458.000 Einwanderer braucht, damit es auf dem jetzigen wirtschaftlichen und demographischen Niveau bleibt.

(B) Also: Wir brauchen Zuwanderung. Wir brauchen keine Zuwanderungsbegrenzung. Wer so argumentiert, irrt sich gewaltig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir brauchen nicht nur Experten, sondern auch Menschen, die im Gesundheitssektor, in der Gastronomie, in der Bauwirtschaft und in anderen Bereichen tätig sein können.

Was wir auf Bundesebene erreichen konnten, ist in der Tat ein Kompromiss. Da müssen alle aufeinander zugehen. Mir fehlt hier auch eine Härtefallregelung. Auch ich habe Probleme damit, dass das Zuzugsalter von 16 auf 14 Jahre herabgesetzt wird. Für mich ist auch ein Problem, dass das Asylbewerberleistungsgesetz bestehen bleibt.

(C) Es ist ein Kompromiss. Ich freue mich aber, dass die Lücken in unseren Gesetzen jetzt geschlossen worden sind, dass frauenspezifische Asylgründe endlich anerkannt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Grundgesetz spricht nämlich von der Untastbarkeit der Menschenwürde. Ich weiß, dass die Frauenehre und die Frauenwürde in diesem Punkt oft verletzt werden. Unser Grundgesetz meint aber nicht nur Männerwürde, sondern auch Frauenwürde. Deshalb finde ich es gut, dass man diese Lücke endlich geschlossen hat. Die nicht-staatliche Verfolgung kann viel grausamer sein als die staatliche Verfolgung.

Meine Bitte an Sie alle: dass wir das Thema auch im Schatten des 11. September nicht zu einem Wahlkampfthema werden lassen, sondern an unserem Konzept, an unserer Integrationsoffensive weiterarbeiten. Wir machen unser Integrationskonzept zunichte, wenn wir nicht dagegenhalten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei GRÜNEN, SPD und FDP)

(D) **Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Herr Kollege Karsli. - Das Wort hat für die SPD-Fraktion Frau Abgeordnete Dedanwala.

**Vera Dedanwala (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist richtig, was einige gesagt haben: Die wirkliche Aktuelle Stunde läuft zurzeit in Berlin, wo es um den Fortbestand der rot-grünen Koalition geht.

(Horst Engel [FDP]: Der Fortbestand ist nicht gefährdet!)

Ich glaube, dass wir in etwa zwei Stunden wissen, wie es da weitergeht.

Ich will aber genauso klar sagen, dass Zuwanderung und Integration auch für die nächsten Jahre aktuell bleiben werden und dass es deshalb richtig ist, auch an einem solchen Tag darüber zu reden.

Ich will daran erinnern, dass ein Schub in die Integrationsarbeit hineingekommen ist, als die Frage der Zuwanderung über die Green Card aktuell

(Vera Dedanwala [SPD])

- (A) wurde. Das hat einen Schub für die Arbeit der Integration gebracht. Wir haben uns gefragt: Wie können wir uns mit einem neuen Thema - Zuwanderung und gesteuerter Zuwanderung - befassen, wenn wir diese Schubkraft im Bereich der Integration in unserem Staat bisher noch nicht gespürt haben?

Es gibt seit vielen, vielen Jahren Integrationsleistungen. Aber es gab bis zum Frühjahr dieses Jahres keinen Konsens über Integrationsarbeit in Deutschland. Es gab keinen Konsens über das Behandeln der zugewanderten Menschen. Es gab immer noch entweder die Auffassung: Entweder haben sie zurückzugehen oder sie haben sich, wenn sie hier bleiben, anzupassen. Diese Diskussion ist durch die Debatte über Zuwanderung Gott sei Dank in Bewegung geraten.

Nun ist sie in eine zumindest für Nordrhein-Westfalen sehr gut konstruierte und sehr gut überdachte Integrationsarbeit gemündet. Gerade Integration ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Das ist das, was zwischen den Menschen sein muss, damit sie zusammenleben und sich auch wirklich als Bürger dieses Staates fühlen können.

- (B) Wenn wir heute in Berlin über Zuwanderung und über das neue Gesetz reden, dann ist das eine ganz andere Zuwanderung, als wir sie in den 60er- und 70er-Jahren erfahren haben. Damals haben wir Menschen gerufen, die Arbeitsplätze füllen sollten, die Deutsche nicht mehr einnehmen wollten. Wir haben Menschen gerufen, die wenig oder gar nicht ausgebildet als Hilfsarbeiter in unser Land kamen und hier ihre Zukunft und ihre Chancen sahen.

Die Debatte über die heutige Zuwanderung hat eine völlig andere Dimension; denn wir wenden uns heute an Menschen, die sich, in ihren Heimatstaaten gut ausgebildet, weltweit umschaun, wo sie die besten Chancen für ihre Zukunft in der Welt finden. Sie können wählen zwischen Kanada, Amerika, Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik. Das heißt, wir treten in einen Wettbewerb um diese Zuwanderer ein.

Ich frage Sie ganz einfach einmal: Was suchen sie denn? - Sie suchen einen Staat, in dem sie sich beruflich gut weiterentwickeln können, aber Sie suchen doch auch ganz bewusst ein Land, in dem sie gute gesellschaftliche Bedingungen für ihr sonstiges Leben jenseits der Arbeit vorfinden. Sie

suchen ein friedliches Land, das sie aufnimmt und Ihnen das Gefühl vermittelt, dass sie willkommen sind, willkommen heißen werden. Sie suchen ein Land, das ihren Familien eine Heimat bietet, ihren Frauen und ihren Kindern in der Schulausbildung, und das sie nicht unter Zweitrangigkeit behandelt. Dabei geht es insbesondere um Chancengleichheit und Gleichberechtigung. (C)

Ich sage das Verhalten und richte das nicht an die nordrhein-westfälische CDU - ganz bewusst nicht. Aber diese Menschen gehen nicht in ein Land, in dem das Thema "Zuwanderung und Ausländer" immer wieder in Gefahr gerät, ein Wahlkampfthema zu sein, und immer wieder in Gefahr gerät, zur Emotionalisierung und Mobilisierung von Wählerschichten zu dienen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ersparen sich diese Menschen. Sie sagen: Das wollen wir unseren Familien nicht zumuten; in ein solches Land gehen wir nicht.

Nachdem die K-Frage und damit die Richtung des Wahlkampfes bei der CDU noch nicht geklärt ist und nachdem nun auch gesagt worden ist, dass das Zuwanderungsgesetz in Berlin jetzt noch nicht verabschiedet werden soll, müssen wir leider langsam befürchten, dass genau dieses Thema wiederum ein Wahlkampfthema werden wird. (D)

Deshalb appelliere ich ganz stark an die nordrhein-westfälische CDU, die in diesem Bereich mit uns gemeinsam die Integrationsoffensive gestartet hat: Wenden Sie sich an Ihre politischen Freunde! Arbeiten Sie mit uns gemeinsam daran, dass dieses Thema vor der Wahl erledigt wird, dass dieses Thema nicht in den Wahlkampf gezogen wird, sondern dass wir uns gemeinsam finden, ein solches Zuwanderungsgesetz zu verabschieden und zu fassen! Denn es kann zukunftsweisend sein, es kann große gesellschaftliche Geschlossenheit dahinter stehen, und diesem Zuwanderungsgesetz könnte ein Bürgerbild zugrunde liegen, das uns allen bescheinigt, dass wir den Zuwanderern auf gleicher Augenhöhe begegnen wollen und dass wir sie sprachlich uns gleichsetzen wollen durch Hilfen, die wir in unserem Land bieten wollen.

Der Islamunterricht hat sicher durch die Ereignisse im September noch einmal eine neue Debatte erfahren. Das ist richtig so; das ist auch legitim. Ich glaube, dass das jeder so empfinden wird.

(Vera Dedanwala [SPD])

- (A) Dass wir aber einen solchen Religionsunterricht für diese Gruppen in deutscher Sprache, nach unseren Wertvorstellungen in Schule und Weiterbildung anbieten müssen, ist, glaube ich, ganz richtig und sinnvoll.

Der gemeinsame Wille zum Gesetz muss da sein. Hier in Nordrhein-Westfalen war er da; wir haben es gemeinsam geschafft. Er könnte in Berlin auch da sein, wenn sich alle zusammenfinden würden. Ich hoffe, dass Sie dazu Ihren Beitrag leisten und sich mit uns gemeinsam dafür einsetzen, dass die seit heute auch in einer Broschüre vorliegende Integrationsoffensive des Landes Nordrhein-Westfalen gemeinsam von allen Parteien in alle Bundesländer getragen wird und auch in der Bundespolitik in einem gemeinsamen Zuwanderungsgesetz ihren Niederschlag findet. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Frau Dedanwala. - Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Brendel das Wort.

- (B) **Karl Peter Brendel (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir führen heute eine Diskussion über Integration und Zuwanderung - selbstverständlich vor dem Lichte bundespolitischer Entwicklungen, nämlich der Tatsache, dass dieses Zuwanderungsgesetz auf der Ebene des Bundes zu beschließen ist und dort diskutiert wird. Diese Diskussion hat aus den unterschiedlichsten Gründen eine Entwicklung genommen, die ich insgesamt als sehr positiv beurteilen möchte.

Meine Vorrednerin hat bereits Reklame für die Broschüre gemacht, und da wir das aus dem Privatfernsehen mit den Werbeblöcken so kennen, will ich sie auch noch mal hochhalten. Die Broschüre "Integrationsoffensive in Nordrhein-Westfalen"

(Der Abgeordnete hält die Broschüre hoch.)

ist ein großer Erfolg dieses Parlamentes, und wir sollten diesen Erfolg nicht nur verbal beklatschen; denn es lohnt sich wirklich, die gemeinsamen Aussagen, die in dieser Broschüre abgedruckt

worden sind, noch einmal nachzulesen und darüber nachzudenken, was wir jetzt damit machen. (C)

(Beifall bei der FDP)

Denn das hier ist zunächst nur eine schöne Broschüre: Hochglanz und auch sonst ordentlich gemacht. - Jetzt muss die praktische Umsetzung kommen.

(Beifall von Jamal Karsli [GRÜNE])

Die praktische Umsetzung ist das, worauf es ankommt; darauf warten die Menschen in diesem Lande.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Wir haben eine intensive Diskussion geführt in diesem Parlament, in den Parteien, in den interessierten Organisationen wie Kirchen und Migrantenverbände. Aber die intensive Diskussion zu diesem Thema darf nicht auf diesen Bereich begrenzt bleiben. Große Bereiche in unserer Bevölkerung - ich sage ganz ausdrücklich: in unserer deutschstämmigen Bevölkerung und auch in den Bevölkerungsteilen, die zugewandert sind - haben diese Diskussion in dem von uns allen befürworteten Sinn noch nicht geführt. Diese Überlegung kann man natürlich nicht verallgemeinern, aber es gibt Beispiele jeder Art, an denen deutlich wird, dass die Aufgabe besteht, sich Gedanken zu machen und zu Prozessen zu kommen, die dem entsprechen, was wir uns hier unter Integration vorstellen. (D)

Ich möchte das an Beispielen deutlich machen. Ein emotionales Thema ist sicherlich der Bau von Moscheen in unserem Land. Die große Menge der islamischen Bevölkerung möchte so etwas verständlicherweise zur Religionsausübung haben. Wir haben Beispiele, wo die Errichtung von Moscheen völlig problemlos unter großer Beteiligung und positivem Zuspruch der Bevölkerung erfolgt ist. Herr Minister Schartau hat in Hemer einen Moscheebau eröffnet. Diese Eröffnung fand ich sehr eindrucksvoll, nicht nur weil die Moschee in dem ehemaligen Gebäude der Deutschen Bank eröffnet wurde, sondern auch weil alle Bevölkerungsgruppen und Kirchen an der Eröffnung problemlos teilgenommen haben und das ganz offensichtlich in allseitigem Konsens mit Zustimmung der Bevölkerung so abgelaufen ist.

(Karl Peter Brendel [FDP])

- (A) Wir haben natürlich auch andere Gemeinden, wo die kommunalpolitische Diskussion quer durch alle Parteien - ich will hier gar keine Parteipolitik machen - völlig anders verläuft und mehr die Frage diskutiert wird, ob man eine Moschee nicht möglichst so tarnt, dass keiner merkt, was es ist, und diesen getarnten Bau möglichst weit weg in einem Industriegebiet unterbringt und dann - das ist kein Beispiel aus Nordrhein-Westfalen - eine OVG-Entscheidung verlangt, die bestätigt, dass der Bau einer solchen Moschee baurechtlich zulässig sei und dem Baurecht nicht widerspricht. Das kann Integration nicht sein. Denn wir müssen uns schon darüber im Klaren sein, dass Integration bedeutet: Die deutsche Bevölkerung akzeptiert das Anderssein der zugewanderten Bevölkerungsteile.

Es bedeutet natürlich genauso - und das muss man ganz deutlich sagen -, dass die zugewanderten Bevölkerungsteile akzeptieren, dass sie sich in Deutschland aufhalten und sich der Gesellschaftsordnung, wie wir sie haben, annähern und sich mit ihr auseinander setzen müssen. Auch da ist zweifelsohne viel zu tun. Die bereits mehrfach angesprochene Isolation ist nur ein Beispiel, und diesem Problem müssen wir aus den unterschiedlichsten Gründen begegnen.

- (B) Islam-Unterricht an deutschen Schulen, unter deutscher Organisation, in deutscher Sprache ist eine der Forderungen, die heute hier angesprochen worden sind. Wir werden das aus gesellschaftspolitischen Gründen brauchen, wir werden es auch brauchen, um Abschottungen in Parallelgesellschaften in Deutschland zu verhindern, die die unterschiedlichsten Probleme aufwerfen. Diese Probleme liegen durchaus auch im sicherheitspolitischen Bereich. Wenn wir abgeschottete Bereiche haben, die in die Illegalität und den Terrorismus abgleiten, ohne dass wir das bemerken, kann das nicht richtig sein. Das ist auch ein gesellschaftspolitisches Problem.

Vor diesem Hintergrund, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten wir die Integrationsoffensive Nordrhein-Westfalen nicht nur begrüßen, sondern auch gemeinsam in die Praxis umsetzen; hierzu ist es nun wirklich höchste Zeit. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Brendel. - Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Schartau. (C)

**Harald Schartau, Minister für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Entwurf der Bundesregierung für ein Zuwanderungsgesetz ist nunmehr eine tragfähige Grundlage gegeben, um sowohl Zuwanderung zu steuern und zu gestalten als auch die Integration der Zugewanderten systematisch und umfassend zu fördern. Zuwanderung und Integration sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Wenn wir neue Zuwanderung wollen, reicht es nicht, diese auf den Arbeitsmarktbedarf abzustimmen. Nein, wir müssen auch den Integrationsbedarf derer, die kommen, im Auge haben.

Eines ist mir besonders wichtig: Das Zuwanderungsgesetz ist kein Ventil, um den Druck von der Notwendigkeit zu nehmen, weiterhin hier im Lande aktive Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik zu betreiben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und der CDU)

(D) Der Gesetzentwurf für das Zuwanderungsgesetz schafft Regeln dafür, wie die Eingliederung von rechtmäßig auf Dauer im Bundesgebiet lebenden Ausländern in das wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Leben in der Bundesrepublik Deutschland künftig gefördert werden soll.

Die Eingliederungsbemühungen von Ausländern sollen durch ein Grundangebot von Integrationsleistungen in Form von Sprachkursen sowie eine Einführung in die Rechtsordnung, Kultur und Geschichte Deutschlands unterstützt werden. Für Ausländer, die sich legal dauerhaft im Bundesgebiet aufhalten, begründet der Gesetzentwurf einen Anspruch auf die Teilnahme an den Integrationskursen. Bei fehlenden Deutschkenntnissen und einem Aufenthalt von weniger als sechs Jahren besteht eine Teilnahmepflicht.

Auch für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler wird ein entsprechender Anspruch auf Sprachförderung und Hilfe bei der sozialen und kulturellen Orientierung normiert.

(Minister Harald Schartau)

- (A) Bei der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis von Ausländerinnen und Ausländern wird berücksichtigt, ob sie an dem Angebot teilgenommen haben.

Diese Regelungen bedeuten aus meiner Sicht einen wichtigen Durchbruch bei der Gestaltung der Zuwanderungswirklichkeit in Deutschland. Sie greifen eine wesentliche Forderung aus der Integrationsoffensive auf, die der Landtag im Sommer dieses Jahres einstimmig verabschiedet hat: die flächendeckende Einführung von Integrationskursen für neu Zugewanderte als beste Grundlage für eine erfolgreiche Integration im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt.

Die Integrationspolitik geht von dem Grundverständnis aus, dass Integration ein langwieriger Prozess ist, der zahlreiche Lebensbereiche und politische Handlungsfelder berührt. Viele Zuwanderinnen und Zuwanderer durchlaufen diesen komplexen Prozess nur dann erfolgreich, wenn sie auch auf längere Sicht Begleitung und Unterstützung erfahren. Wir in Nordrhein-Westfalen haben gute Erfahrungen damit und verfügen über eine leistungsfähige integrationspolitische Infrastruktur.

- (B) Die nunmehr vom Bund vorgesehene Systematisierung der Basisintegration ist eine viel versprechende Grundlage, den Integrationserfolg zu verbessern. Sie ersetzt aber nicht die Anstrengungen, die erforderlich sind, um Integration dauerhaft zu stabilisieren. Es ist gut, dass sich die Bundesregierung ihrer Verantwortung für die Basisintegration stellt. Das ist in der Tat eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

An diese Basisintegration knüpft die Landesregierung an und stellt sich ihrer Aufgabe, die Integration in Kindergärten, Schulen und Universitäten, in Berufsausbildung und Beschäftigung und im nachbarschaftlichen Miteinander zu fördern und zu stabilisieren. Dafür gibt die Integrationsoffensive des Landtags die Ziele und Handlungsansätze vor.

Die Bundesregierung hat eine gute Vorlage geliefert. Bundestag und Bundesrat haben in den nächsten Wochen die Möglichkeit, sie weiter zu verbessern. Im Rahmen des Bundesratsverfahrens wird die Landesregierung insbesondere darauf achten, dass eine sachgerechte Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen gefunden wird. Dabei muss den erheblichen Integra-

- (C) tionsleistungen der Länder, der Städte und Gemeinden für die dauerhafte Integration der Zugewanderten hinreichend Rechnung getragen werden.

(Beifall bei der CDU)

Nimmt man die Integrationsleistung allein des Landes in den Bereichen Kindergarten, Schule, Arbeit und Soziales zusammen, kommt 1 Milliarde DM an jährlichen Investitionen in Integration zusammen; dies muss bei den anstehenden Diskussionen zur Kostenverteilung in der Integrationspolitik Berücksichtigung finden.

Ich werde mich auch mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Länder an den Verfahren zur regionalen Steuerung der arbeitsmarktbezogenen Zuwanderung und an der Entwicklung von integrationspolitischen Konzepten beteiligt werden. Wer regionale Steuerung will, der muss auch die in den Regionen Verantwortlichen angemessen einbeziehen.

Wer integrationspolitische Konzepte effektiv und effizient gestalten will, muss den Ländern, die große Verantwortung für die dauerhafte Integration der Menschen tragen, entsprechende Mitspracherechte einräumen.

Schließlich wird im weiteren Gesetzgebungsverfahren darauf zu achten sein, dass entsprechend dem Vorbild Nordrhein-Westfalens Integrationspolitik für Ausländerinnen und Ausländer und Integrationspolitik für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler weiter zusammengeführt werden. Ich bin zuversichtlich, dass wir im Bundesratsverfahren entsprechende Klärungen und Verbesserungen erreichen werden. Die Tatsache, dass wir in Nordrhein-Westfalen mit der Integrationsoffensive eine fraktionsübergreifende konzeptionelle Plattform erreicht haben, sollte für die Bundesebene ein Vorbild sein.

Es dient der Sache, wenn auch im Bundestag über die Parteigrenzen hinweg die Einsicht überwiegt, dass der Gesetzentwurf den notwendigen Schritt nach vorne tut, um Zuwanderung und Integration so zu gestalten, dass sie für unsere Gesellschaft wie für die Zugewanderten von Vorteil sind.

Bei den Vorrednern ist mir aufgefallen, dass weit gehende Übereinstimmung in den grundsätzlichen Punkten vorhanden ist. Es gab sogar eine erste Annäherung auch in ganz anderen Fragen. Ich

(D)

(Minister Harald Schartau)

(A) möchte noch einmal auf den Beitrag des Abgeordneten Zylajew zurückkommen:

Herr Zylajew, Sie sollten auch zu anderen Tagesordnungspunkten das Wort ergreifen. Zum Beispiel wäre Ihr Wortbeitrag vorgestern sehr klärend gewesen. Denn das Bild, das Sie entworfen haben, dass Zuwanderer insbesondere mit Blick auf die Wirtschaftskraft, auf die sozialen Leistungen, auf das Gesundheitswesen und auf das Schulsystem gerne zu uns kommen, hätte vorgestern vieles hier entspannt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich damit die **Aktuelle Stunde schließen** kann.

Wir kommen zu:

## 2 "NRW-Luftverkehrskonzeption 2010" bedarf der Zustimmung des Parlaments

(B) Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/1541

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion der CDU  
der Fraktion der FDP und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/1719

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Verkehrsausschusses  
Drucksache 13/1717

Ich weise darauf hin, dass der ursprüngliche **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/1566** im Hinblick auf den neuen gemeinsamen Entschließungsantrag Drucksache 13/1719 **zurückgezogen** wurde. Die FDP-Fraktion ist diesem neuen Entschließungsantrag nach Drucklegung der Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses beigetreten.

(C) Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst Herrn Kollegen Rasche von der FDP-Fraktion das Wort.

**Christof Rasche (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Thema ist die Luftverkehrskonzeption 2010. Ich freue mich ausdrücklich, dass auch der Minister an dieser schönen Runde teilnimmt. Herzlichen Dank!

(Minister Ernst Schwanhold: Hoffentlich tragen Sie dazu bei, dass die Freude auch bei mir ist!)

- Mit Sicherheit, Herr Minister.

Das NRW-Luftverkehrsaufkommen soll in Nordrhein-Westfalen abgewickelt werden - das ist einer der Kernsätze der NRW-Luftverkehrskonzeption 2010 und auch ein Ziel der FDP-Fraktion. Angesichts der in dieser Woche diskutierten Arbeitsmarktzahlen ist der von vielen als Jobmaschine bezeichnete Luftverkehr für Nordrhein-Westfalen besonders wichtig.

Das prognostizierte Flugaufkommen und der steigende Luftfrachtumschlag erfordern eine zukunftsgerichtete Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur. Der Ausbau der Luftverkehrsinfrastruktur wurde vom Kabinett in der NRW-Luftverkehrskonzeption am 12.12.2000 einstimmig gebilligt und wird in seiner Tendenz von der FDP-Fraktion mitgetragen, auch wenn einzelne Aussagen der Konzeption nicht mehr ganz aktuell sind.

In einem Antrag hat die FDP die Zustimmung des Parlaments für die Luftverkehrskonzeption 2010 gefordert. Die erforderliche breite Akzeptanz in der Bevölkerung ist nur bei einer großen Zustimmung dieses Landtages erreichbar.

(D) Meine Damen und Herren, die Notwendigkeit der parlamentarischen Befassung ergab sich insbesondere aus widersprüchlichen Stellungnahmen von Mitgliedern einer Regierungsfraktion in diesem Sommer. Deshalb begrüßt es die FDP ausdrücklich, dass alle Fraktionen des Landtages der Initiative der FDP gefolgt sind und in einem nunmehr einheitlichen Entschließungsantrag der Luftverkehrskonzeption zustimmen und damit verlässliche Rahmenbedingungen für den Luftverkehr festlegen.